Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7822**

17. Wahlperiode 22. 11. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Anton Hofreiter, Nicole Maisch, Markus Tressel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/5057 –

Stärkung der Fahrgastrechte im Fernbusverkehr

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bunderegierung auffordern soll, Verbraucherrechte im Busfernverkehr ab dem ersten Kilometer durchzusetzen, Entschädigungsansprüche ab 30 Minuten Verspätung vorzusehen, um ein verkehrsträgerübergreifend gleiches Schutzniveau für Fahrgäste zu erreichen, Schadenersatzansprüche auf den tatsächlich entstandenen (Folge-)Schaden zu gewähren, bei Verspätung ein Recht auf Nutzung anderer Verkehrsmittel ohne zusätzliche Kosten einzuräumen, die diskriminierungsfreie Beförderung von Rollstuhlfahrern, seheingeschränkten und mobilitätseingeschränkten Personen zwingend vorzuschreiben, verbraucherfreundliche und barrierefreie Informationspflichten zu Reiseverbindung, Fahrplänen, Fahrtverlauf, voraussichtlichen Störungen und Verspätungen vorzugeben, die verpflichtende Beteiligung von Busfernreiseunternehmen an der Schlichtungsstelle für den öffentlichen Personenverkehr e. V. (söp) vorzusehen, an entscheidenden Reiseverkehrsknotenpunkten in Zusammenarbeit mit der söp und Verbraucherzentralen Informations- und Vermittlungszentren zur verbesserten Rechtsdurchsetzung einzurichten und die Zahl der mit Verspätung und nicht beförderten Personen im Busverkehr über § 17 des Verkehrsstatistikgesetzes hinaus zur Überprüfung der Rechtsdurchsetzung zu erfassen und zu evaluieren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/5057 abzulehnen.

Berlin, den 16. November 2011

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter	**Volkmar Vogel (Kleinsaara)**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Volkmar Vogel (Kleinsaara)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/5057** in seiner 99. Sitzung am 24. März 2011 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und an den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bunderegierung auffordern soll, Verbraucherrechte im Busfernverkehr ab dem ersten Kilometer durchzusetzen, Entschädigungsansprüche ab 30 Minuten Verspätung vorzusehen, um ein verkehrsträgerübergreifend gleiches Schutzniveau für Fahrgäste zu erreichen, Schadenersatzansprüche auf den tatsächlich entstandenen (Folge-)Schaden zu gewähren, bei Verspätung ein Recht auf Nutzung anderer Verkehrsmittel ohne zusätzliche Kosten einzuräumen, die diskriminierungsfreie Beförderung von Rollstuhlfahrern, seheingeschränkten und mobilitätseingeschränkten Personen zwingend vorzuschreiben, verbraucherfreundliche und barrierefreie Informationspflichten zu Reiseverbindung, Fahrplänen, Fahrtverlauf, voraussichtlichen Störungen und Verspätungen vorzugeben, die verpflichtende Beteiligung von Busfernreiseunternehmen an der Schlichtungsstelle für den öffentlichen Personenverkehr e. V. (söp) vorzusehen, an entscheidenden Reiseverkehrsknotenpunkten in Zusammenarbeit mit der söp und Verbraucherzentralen Informations- und Vermittlungszentren zur verbesserten Rechtsdurchsetzung einzurichten und die Zahl der mit Verspätung und nicht beförderten Personen im Busverkehr über § 17 des Verkehrsstatistikgesetzes hinaus zur Überprüfung der Rechtsdurchsetzung zu erfassen und zu evaluieren.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/5057 in seiner 45. Sitzung am 13. April 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 13. April 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 30. Sitzung am 13. April 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag auf Drucksache 17/5057 in seiner 37. Sitzung am 13. April 2011 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, die Fahrgastrechte seien, wie der Verbraucherschutz insgesamt, für sie ein sehr wichtiges Thema. Sie halte die einschlägige europäische Richtlinie, die nach umfangreichen Verhandlungen zustande gekommen sei, für ausreichend, denn sie räume bereits weitreichende Rechte ein. Auch in Bezug auf die Behandlung von Beschwerden beinhalte sie die notwendigen Vorgaben. Die Einführung neuer Statistiken sehen sie im Hinblick auf die zusätzliche Bürokratie und den damit verbundenen erheblichen Aufwand als problematisch an.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, sie halte eine Präzisierung der EU-Richtlinie für notwendig und unterstütze daher das Anliegen des Antrags grundsätzlich. Sie sehe aber in einigen Punkten Unschärfen, die sie dazu veranlassten, sich zu enthalten. Bei den Regelungen hinsichtlich der Ersatzleistungen bei Verspätungen bei den Verkehrsträgern Bahn und Bus müsse eine Harmonisierung erfolgen, was durch die Forderungen in dem Antrag nicht gesichert sei. Sie stellte fest, die derzeit gegebenen Informationen für Verbraucher hinsichtlich des Schadenersatzes sowie dessen Geltendmachung und Durchsetzung seien nicht ausreichend.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, wenn in dem Antrag angeführt werde, dass Fahrgastrechte erst ab einer Fahrdistanz von über 250 Kilometer Anwendung fänden, stimme das mit dem Inhalt der einschlägigen europäischen Richtlinie nicht überein. Es sei auch nicht klug, eine mühsam errungene deutliche Verbesserung der Fahrgastrechte von Busreisenden so falsch darzustellen. Eine Schlichtung sei nur positiv, wenn sich alle freiwillig beteiligten; auch aus rechtssystematischen Gründen sei es nicht vernünftig, einen Zwang zur Schlichtung gesetzgeberisch zu verankern.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, sie lehne die vorgesehene Liberalisierung des Fernbusverkehrs ab. Wenn diese Liberalisierung aber komme, müssten die Fahrgastrechte dort zumindest auf das Niveau der Fahrgastrechte in den Bereichen Flugzeug und Bahn gebracht werden. Daher gehe der Antrag genau in die richtige Richtung. Sie stellte fest, man müsse auch darauf achten, dass die Fernbusse uneingeschränkt behindertengerechte Zugänge haben müssten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bemerkte, gut ausgestaltete Fahrgastrechte nutzten nicht nur dem Fahrgast, sondern letztendlich auch den Unternehmen, weil sie die Unternehmer motivierten und damit für den Verkehrsträger insgesamt ein positives Image bewirkten. Es sei sehr bedauerlich, wenn Unternehmen nicht erkennen würden, dass es zu ihrem eigenen Nutzen sei, sich an der Schlichtungsstelle zu beteiligen. Im Interesse der Passagiere müsse dies daher der Gesetzgeber anstoßen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU

und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5057.

Berlin, den 16. November 2011

Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333